18

STADT LAUTERECKEN

KREISVERWALTUNG KUSEL
zur Entscheidung
Az.: 53a/611-02 Lecken GS 1
vom 21.04.98

GESTALTUNGSSATZUNG FÜR DEN ALTEN STADTKERN der Stadt Lauterecken vom 27. April 1998

Aufgrund des § 86 Abs. 1 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 8. März 1995 (GVBl. S. 19) in Verbindung mit § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153, BS 2020-1) in der derzeit gültigen Fassung hat der Stadtrat von Lauterecken in seiner Sitzung am 13.03.1997 folgende Satzung beschlossen, die nach Anhörung der zuständigen Denkmalpflegebehörde und nach Genehmigung durch die Kreisverwaltung Kusel als untere Bauaufsichtsbehörde vom 21.04.1998 hiermit bekannt gemacht wird:

PRÄAMBEL

Zur Erhaltung des historischen Stadt- und Straßenbildes in Lauterecken - dessen ursprünglich einheitlicher Charakter im Zuge des Funktionswandels gefährdet ist - werden an bauliche Anlagen und an öffentlich wirksamen Freiflächen besondere Anforderungen nach Maßgabe dieser Gestaltsatzung gestellt.

Der Aufstellung dieser Satzung ging eine sorgfältige Ortsbildanalyse voraus. Als Untersuchungsgebiet galten der historische Stadtkern sowie angrenzende, zumeist gründerzeitliche Bereiche.

Mit der Festlegung des Geltungsbereiches verfolgte man einerseits das Ziel, den gesamten historischen Stadtkern als einheitliches städtebauliches Gebilde aufzunehmen, andererseits städtebaulich bedeutende Areale, wie den Platz vor dem ehemaligen Untertor einschließlich seiner Randbebauung nicht außen vor zu lassen. Darüber hinausgehende Gebiete wollte man aufgrund der Konzentration auf den inneren Stadtbereich nicht in dies Satzung aufnehmen.

Ziel dieser Satzung ist es, notwendige bauliche Änderungen an Gebäuden und Freiflächen sowie Neubauten in ihrer Gestaltung mit dem historischen Stadtbild in Einklang zu bringen. Darunter ist im Einzelfall auch eine zeitgemäße, architektonisch hochwertige -nicht historisierende - Gestaltung zu verstehen.

§ 1 RÄUMLICHER UND SACHLICHER GELTUNGSBEREICH

1.1 der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung umfaßt den alten Stadtkern von Lauterecken und die angrenzenden Gebiete entsprechend dem als Anlage beigefügten Lageplan (Anlage 1).

1.2 Die Gestaltungssatzung ist bei baulichen Maßnahmen aller Art, wie Neubauten, Wiederaufbauten, Modernisierungen und Instandsetzungen sowie Um- und Erweiterungsbauten bestehender Anlagen sowie Außenanlagen anzuwenden. Sie gilt für alle gemäß LBauO genehmigungspflichtiger und genehmigungsfreier Anlagen aller Art.

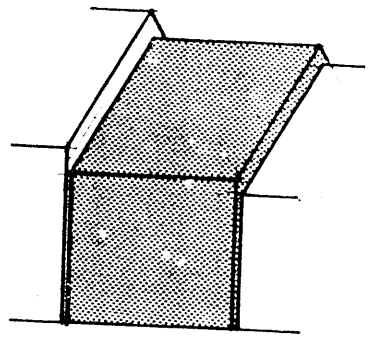
1.3 Gemäß § 86 Abs. 4 Nr. 1 LBauO wird zum Schutz des historischen Stadtbildes festgelegt, daß genehmigungsfreie Werbeanlagen und Automaten nach den Vorschriften dieser Satzung einer Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde bedürfen.

1.4 Besondere Anforderungen gestalterischer Art an baulichen Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten zum Schutz bestimmter Bauten, Straßen, Plätze von kultureller, historischer oder städtebaulicher Bedeutung werden durch diese Satzung bestimmt.

§ 2 ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Bauliche Anlagen im Geltungsbereich dieser Satzung sind bezüglich

- ihrer Baukörper

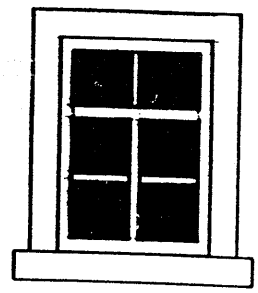


z.B. Baulückenbebauung

- einzelner Bauteile und

z.B. Dachaufbauten

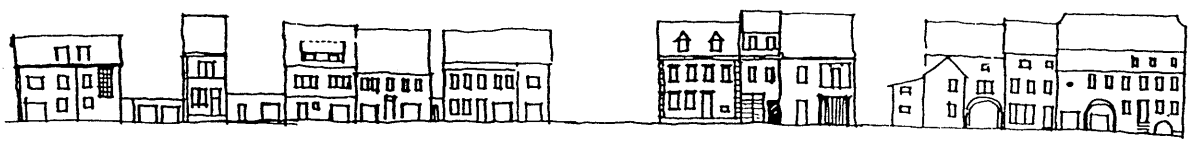
- ihrer äußeren Gestaltung



z.B. Fensterformate

mit ihrer Umgebung so in Einklang zu bringen, daß sie sich

- in städtebaulicher Hinsicht in den Baubestand ...



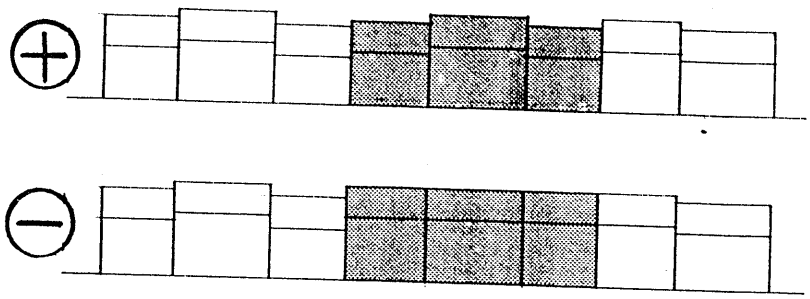
z.B. in die Schloßgasse

...einfügen und das

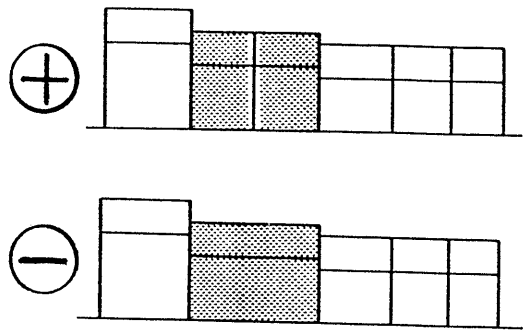
- Orts- und Straßenbild nicht beeinträchtigen.

§ 3 BAUKÖRPER

3.1 Die historische Bauflucht und Gebäudestellung ist beizubehalten. Gebäudeanordnung und Traufhöhe ist sinngemäß weiterzuentwickeln.

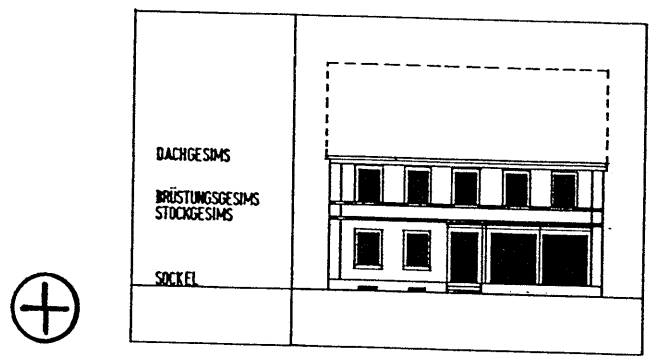


3.2 In Bereichen geschlossener oder ehemals geschlossener Häuserzeilen sind Neubauten oder bauliche Veränderungen so zu gestalten, daß die ursprüngliche und typische Grundstücksstruktur sowie Gebäudeproportionen erkennbar bleiben.

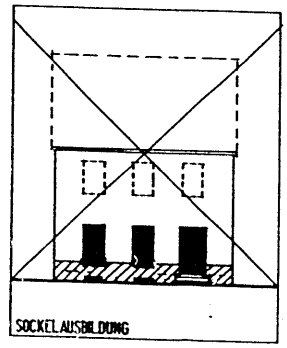


§ 4 FASSADEN

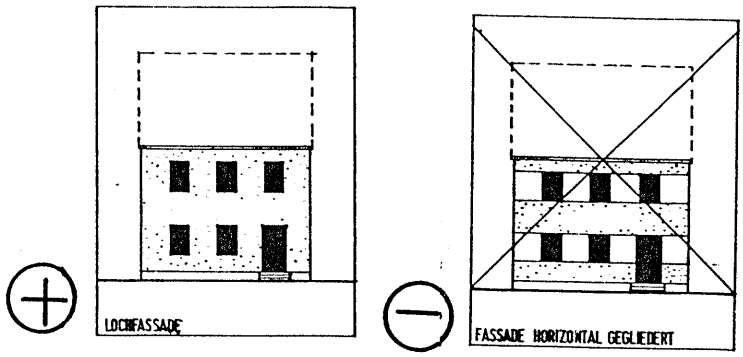
4.1 Fassadengliederungselemente wie Sockel, Gesimse, Lisenen, Pilaster, Fenster- Tür und Toreinfassungen dürfen bei Umbau- und / oder Modernisierungsmaßnahmen nicht verändert bzw. müssen wieder hergestellt werden.



4.2 Sockel dürfen nur in Natursteinen oder glattem Putz ausgeführt werden.

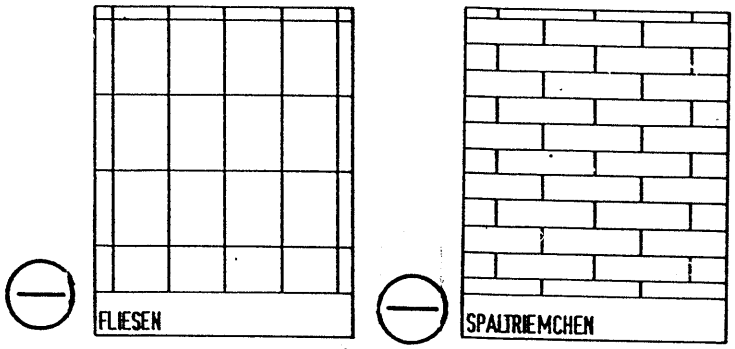


4.3 Die Außenwände müssen deutlich den Charakter einer Lochfassade tragen; sie sind außer den reinen sichtbaren Natursteinwänden im wesentlichen als verputztes Mauerwerk auszubilden. Untergeordnete vor- und zurückspringende Einzelbauteile sind bis zu einer Tiefe von 0,80 m zulässig.



4.4 Der Außenputz ist glatt (gefilzt) oder von Hand verrieben anzubringen. Er ist mit einem Farbanstrich zu versehen. Rauhputze oder sonstige strukturierte Putze sind unzulässig.

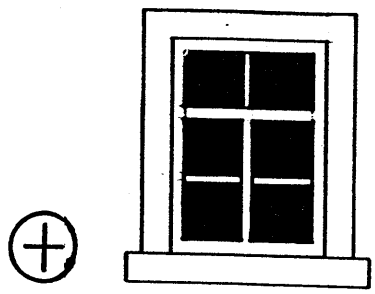
4.5 Das Anbringen von Verkleidungen aus Fliesen, glasierten Keramikplatten, Spaltriemchen, poliertem Naturstein, Kunststoff- und Faserzementplatten sowie Pseudofachwerk ist unzulässig.



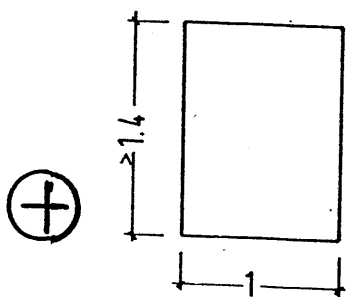
4.6 Das Anbringen von Antennen und Satelitenempfangsanlagen sind an vom Verkehrsraum einsehbaren Fassaden unzulässig.

§ 5 FENSTER

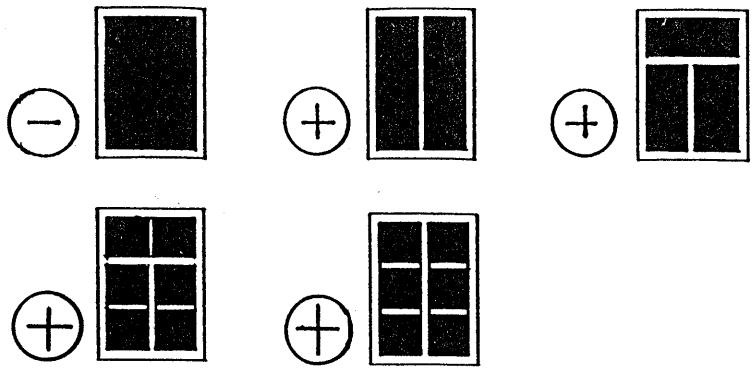
5.1 Um die Maßstäblichkeit der bestehenden Fassadengliederung zu erhalten, sind Fenster und Fenstertüren in geometrischer Form, Größe, Maßverhätnis und formaler Gestaltung den historisch überlieferten Fenstern anzupassen.



5.2 Es sind stehende Formate zu verwenden. Die Höhe muß mindestens der 1,4 fachen Breite entsprechen. Die Fensterflächen müssen mindestens 12 cm hinter die Fassade zurücktreten. Ausnahmsweise können an begründeten Stellen in der Fassade und bei auch andere Formate verwendet werden (z.B. runde oder quadratische).

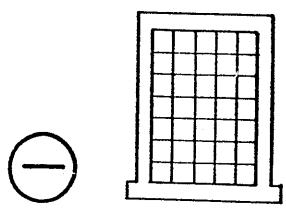


5.3 Fenster von einer Breite ab 0,6 m oder einer Höhe ab 0,8 m sind mit einer angemessenen Unterteilung durch Sprossen herzustellen. Senkrechte Sprossen sind mind. 80 mm breit herzustellen.



5.4 Die Rahmen der Fenster sind in Holz und deckend weißer Oberfläche auszuführen.

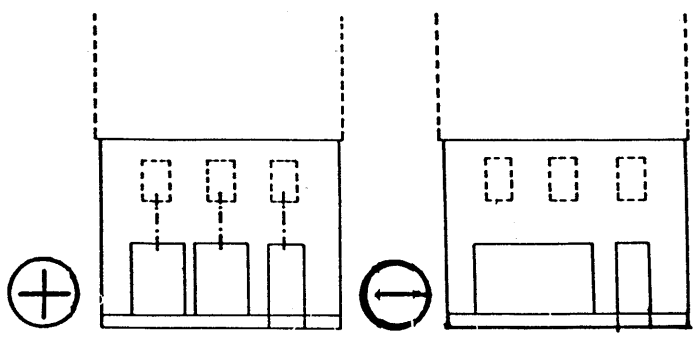
5.5 Glasbausteine sind allgemein unzulässig. Ihr Einbau an untergeordneten Stellen, die der Einsicht von öffentlichen Straßen, Plätzen oder Anlagen entzogen sind, kann ausnahmsweise zugelassen werden.



5.6 Ausnahmen hinsichtlich des Materials, der Form, der Größe, der Maßverhältnisse, der Gestaltung, der Fensterteilung und der Rahmengestaltung können gestattet werden, wenn die Gesamtarchitektur von Gebäuden bzw. Fassaden oder die harmonische Einfügung in die Umgebung eine Abweichung erfordert.

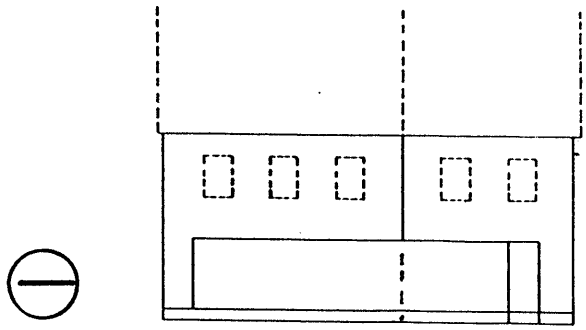
§ 6 SCHAUFENSTER

6.1 Schaufenster sind nur im Erdgeschoß zulässig. Sie sind aus der Fassade des einzelnen Gebäudes zu entwickeln und müssen sich dieser unterordnen. Die Breite darf nicht größer sein als die Höhe des Schaufensters. Die Fensterflächen müssen mind. 12 cm hinter die Fassade zurücktreten.

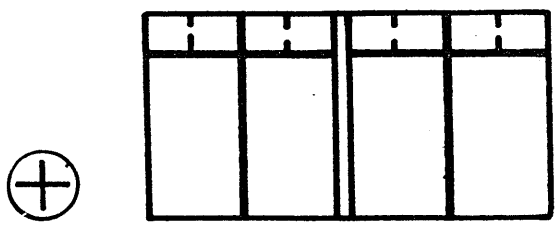


6.2 Durchgehende Glasfronten, auch die gestalterische Zusammenfassung der Schaufenster mehrerer Gebäude sind unzulässig.

Ausnahmen können bei hinter fassadengliedernden Bauelementen (z.B. Mauerpfeiler) zurückversetzten Schaufensteranlagen gestattet werden.



6.3 Schaufenster, die mehr als zwei Drittel der Höhe breit sind, müssen durch mindestens eine senkrechte Sprosse unterteilt werden. Bei allen Schaufenstern über 2,40 m Höhe ist ein unterteiltes Oberlicht vorzusehen.



§ 7 TÜREN UND TORE

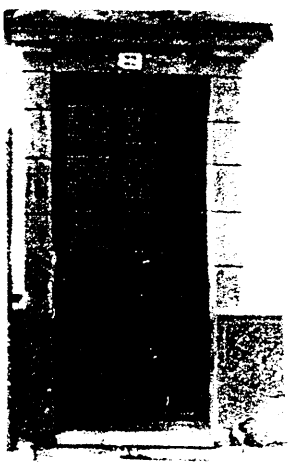
7.1 Originale historische Türen und Tore dürfen nicht ausgetauscht oder beseitigt werden.

Ausnahmen können unter Auflagen gestattet werden, wenn gleichwertiger Ersatz (Rekonstruktionen oder anspruchsvolle Neugestaltung) gewährleistet ist.

7.2 Neue Türen und Tore haben sich in Geometrie, Größe, Form, Teilung und Oberflächengestaltung auf zeitgemäße Art an historischen Vorbildern zu orientieren.

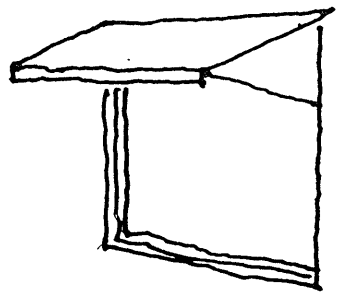
7.3 Leichtmetalltüren mit eloxierter Oberfläche sind unzulässig.

Ausnahmen können in Zusammenhang mit Schaufensteranlagen gestattet werden.

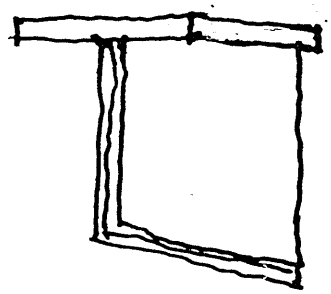


§ 8 VORDÄCHER, MARKISEN, ROLL- UND KLAPPLÄDEN

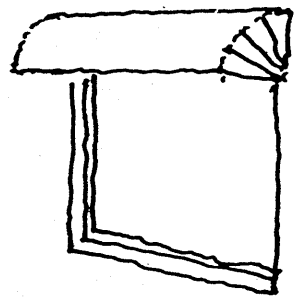
8.1 Vordächer und Markisen sind auf das Maß der Öffnungsbreiten zuzüglich 30 cm zu begrenzen. Sie dürfen Gesimse und Gliederungen der Gebäude sowie historische Bauteile, Zeichen und Inschriften nicht verdecken.



8.2 Massive Vordächer als horizontale Kragplatten und profilierte Holzkonstruktionen sind unzulässig.



8.3 Korbmarkisen sind unzulässig.



8.4 Rolladen-Einbauten bei Öffnungen mit Steingewänden sind unzulässig, soweit nicht die Blende um mind. 10 cm hinter der Fassade zurückbleibt und die verbleibende Höhe des Fensters noch mind. der 1,4-fachen Fensterbreite entspricht.

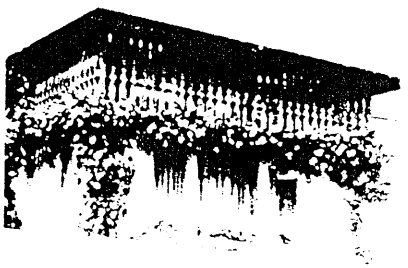
8.5 Klappläden sind nur in Holzausführung zulässig.

8.6 Material, Form und Farbe der Schutzanlagen sind auf das Erscheinungsbild des Gebäudes abzustimmen.

§ 9 BALKONE, LOGGIEN, GALERIEN, ÜBERDACHUNGEN UND WINTERGÄRTEN

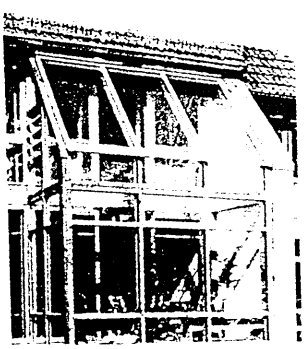
9.1 Straßen- und platzseitige Balkone und Loggien sind unzulässig. Ausnahmen können in besonders begründeten Fällen zugelassen werden.

9.2 Die Brüstungen müssen eine Gliederung aus Holz oder Stahl erhalten. Sie können auch in geputztem Mauerwerk oder Ganzglas ausgeführt werden. Regionaluntypische profilierte oder geschwungene Holzkonstruktionen sind unzulässig.



9.3 Überdachungen von Balkonen und sonstigen Freisitzen sind nur über einfachen Holz- oder Stahltragkonstruktion zulässig.

9.4 Wintergärten sind an Strassen- und Platzseiten sowie auf Dächern unzulässig.

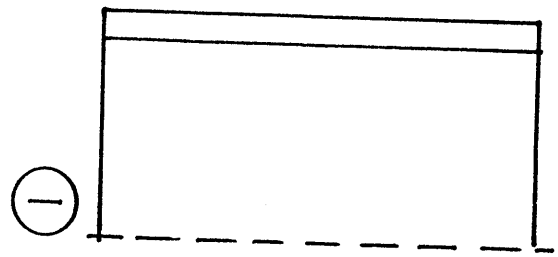


§ 10 DÄCHER

10.1 Dachform

Flachdächer sind unzulässig.

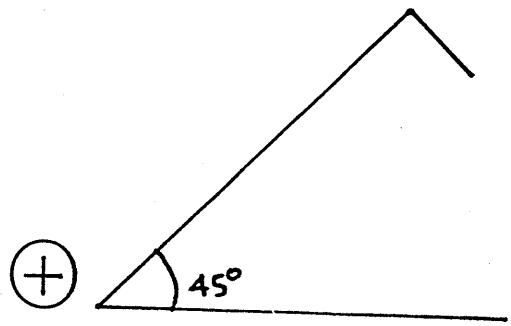
Ausnahmen können gestattet werden, wenn die Gesamtarchitektur des Gebäudes dieses erfordert und eine gute Einbindung der Architektur in die unmittelbare Umgebung zu erwarten ist.



10.2 Dachneigung

Die Dachneigung richtet sich nach den Gebäuden in unmittelbarer Umgebung. Diese beträgt allgemein 45°.

Ausnahmen können bei Angleichungen an Nachbargebäude sowie bei untergeordneten Gebäuden (auch Nebengebäude) und zur Einhaltung von Bestimmungen des § 8 LBauO sowie bei städtebaulich besonders begründeten Vorhaben gestattet werden.



10.3 Dachdeckung

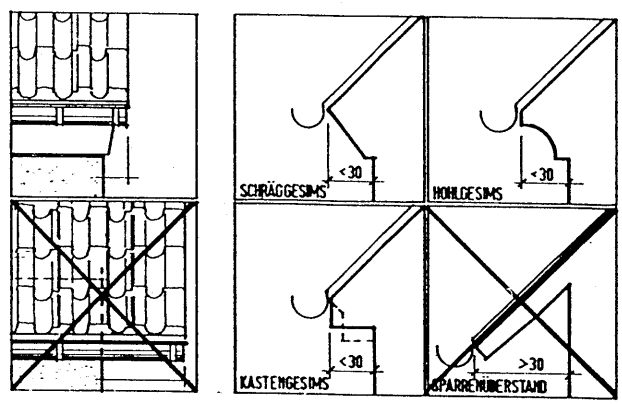
Für die Dachdeckung sind allgemein nur unglasierte Tonziegel, rot eingefärbte Betondachsteine und Naturschiefer zulässig.

Ausnahmen hinsichtlich des Deckungsmaterials können bei städtebaulich besonders begründeten Vorhaben und an Dachaufbauten gestattet werden.

10.4 Dachabschlüsse

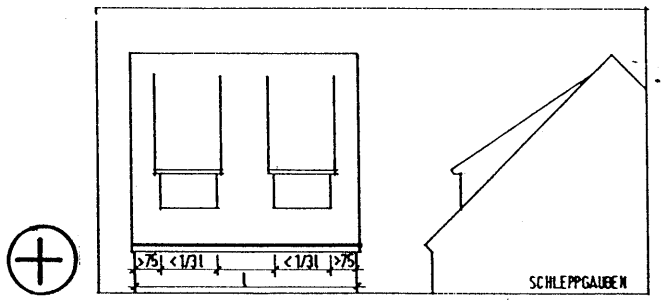
Bei Neubaumaßnahmen haben sich die Dachabschlüsse an den historischen Vorbildern zu orientieren. Ortgang- und Traufgesimse sind im Maß der Auskragung und in der Profilierung in ortsüblicher Weise auszubilden.
Innenliegende Rinnen sind unzulässig.

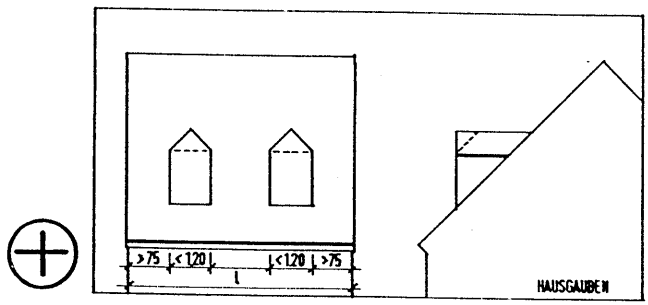
Ausnahmen hinsichtlich der Auskragung und Ausbildung der Trauf- und Ortganggesimse sowie der Rinnenanordnung können in begründeten Fällen gestattet werden

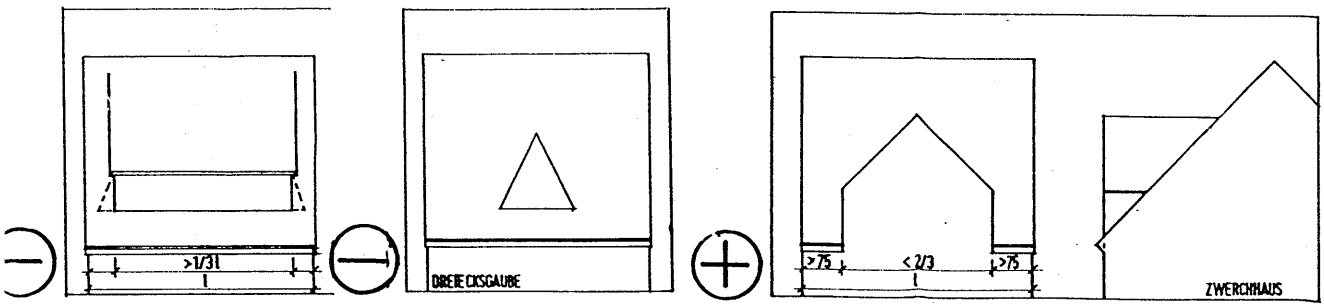


10.5 Dachaufbauten

Als Dachaufbauten sind allgemein nur Gauben als kurze niedere Schleppgauben, stehende Gauben mit Satteldach, Walmgauben oder Zwerchhäuser zulässig, die zum Ortgang mindestens 0,75 m und zum First mindestens 1,0 m Abstand haben. Die Einzellänge einer Dachgaube darf 1/3, die Gesamtlänge aller Dachaufbauten darf 2/3 der Länge der jeweiligen Gebäudeseite nicht überschreiten.

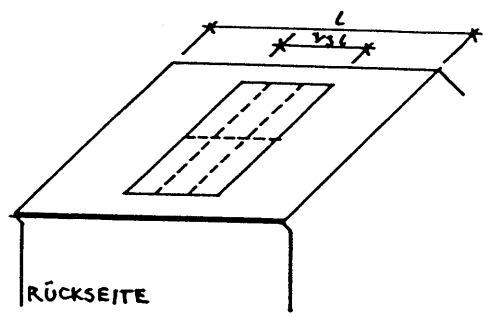






10.6 Dacheinbauten

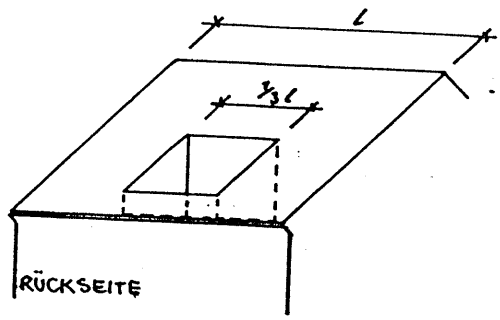
Dacheinbauten in Form von Dachflächenfenstern oder großflächiger Dachverglasungen (bis 1/3 der Dachbreite) sind nur in rückwärtiger und vom öffentlichen Verkehrsraum nicht einsehbarer Dachfläche zulässig.



Ausnahmsweise können Dachflächenfenster straßenseitig gestattet werden, wenn zwingende brandschutztechnische Bestimmungen vorliegen oder der Aufbau einer Gaube zu einer gestalterisch unbefriedigenden Lösung führen würde.

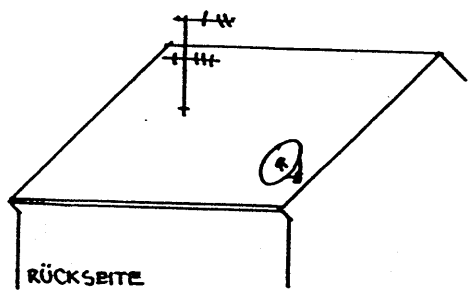
10.7 Dachausschnitte

Dachausschnitte sind allgemein zulässig, wenn ihre Breiten 1/3 der Länge der Gebäudeseite nicht überschreiten, die Brüstung von Terrassen voll im Dachraum liegen und vom öffentlichen Verkehrsraum nicht einsehbar sind.



10.8 Dachausstattungen

Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sowie
Antennen und Satelitenempfangsanlagen sind - soweit empfangstechnisch möglich - nur auf der rückwärtigen Dachfläche bzw. vom öffentlichen Verkehrsraum nicht einsehbaren Flächen zulässig.



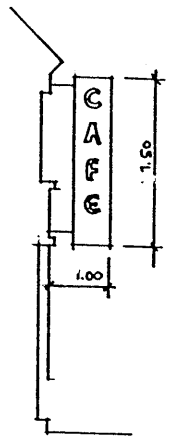
§ 11 WERBEANLAGEN, AUTOMATEN UND GEBÄUDETECHNISCHE ANLAGEN

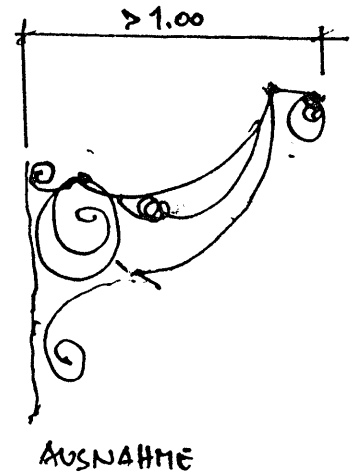
11.1 Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.

Ausnahmen können zugelassen werden, soweit es sich um Sammelwerbeanlagen mit Informationsfunktion oder Hinweisschilder handelt.

11.2 Werbeanlagen und gebäudetechnische Anlagen dürfen Gesimse und Gliederungen der Gebäude sowie historische Bauteile, Zeichen und Inschriften nicht verdecken oder beeinträchtigen.

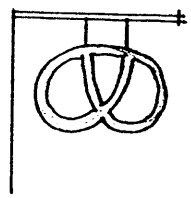
11.3 Senkrecht angebrachte Werbeanlagen und Ausleger oberhalb der Erdgeschoßzone und notwendigem Lichtraum profil sind zulässig, wenn ihre Gesamthöhe 1,5 m und ihre Ausladung 1,0 m nicht überschreitet.

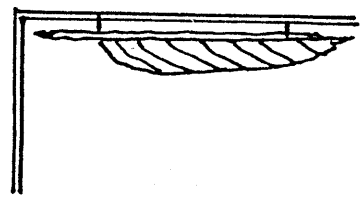




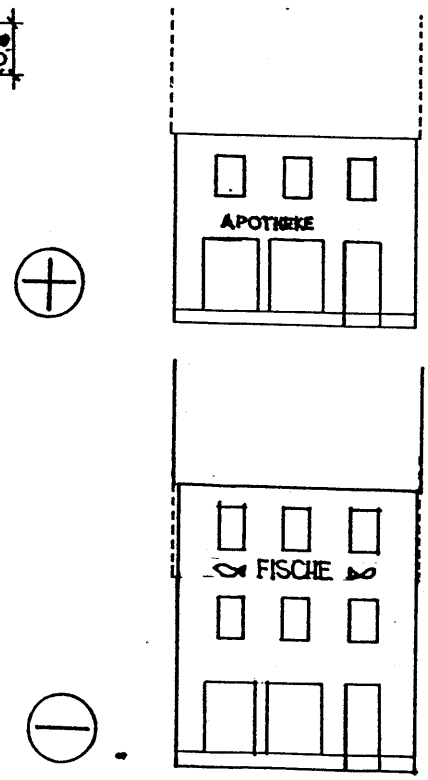
Ausnahmen hinsichtlich Gesamthöhe und Ausladung sind bei schmiedeeisernen Auslegern entsprechend historischem Vorbild zulässig.

Hinweis:
Ausleger mit symbolischen Hinweiszeichen sollten andern Werbeanlagen vorgezogen werden.



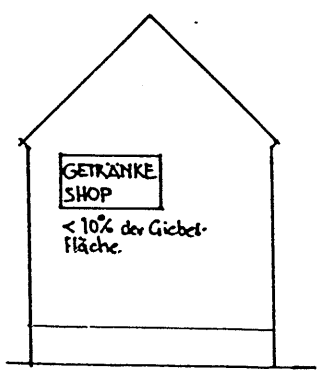


11.4 Waagrechte Werbeanlagen oberhalb der Schaufensterzone sind zulässig, wenn sie auf die Fassadenöffnungen Bezug nehmen und als Tafeln höchstens 0,8 m hoch sowie bis 4,0 m lang sind. Einzelbuchstaben bzw. Einzelzeichen (aufgemalt oder aus Metall / Kunststoff) sind flächigen Anlagen vorzuziehen. Die Anlagen dürfen höchstens 25 cm vor der Fassade vorstehen.



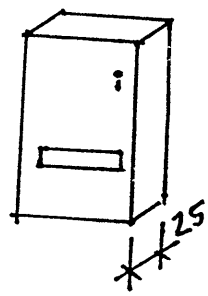
11.5 Werbeanlagen oberhalb der Fensterzone des Obergeschoßes und auf Dächern sind unzulässig.

11.6 An freistehenden Hauswänden (Giebeln) sind Werbeanlagen zulässig, wenn sie in ihrer Fläche insgesamt 10 % der betreffenden Hauswand nicht überschreiten und nicht mehr als 5,0 qm groß sind

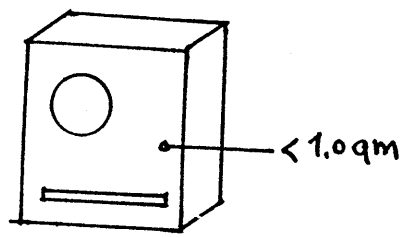


11.7 Zulässig sind nur nichtleuchtende und indirekt beleuchtete (z.B. durch Strahler) Anlagen. Hinterleuchtete bzw. selbstleuchtende kastenförmige Werbeanlagen (Leuchttransparente) sind unzulässig.

11.8 Automaten dürfen den öffentlichen Verkehrsraum nicht einengen. Ihre Ausladung darf höchstens 25 cm betragen.



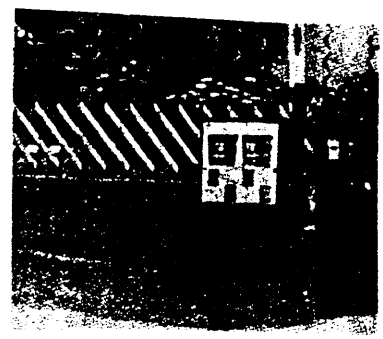
11.9 Automaten sind in ihrem Äußeren so zu gestalten und instandzuhalten, daß sie nach Form, Werkstoff und Farbe dem Gesamtbild des historischen Stadtbereiches nicht zuwiderlaufen. Ihre Bedienungsseite darf höchstens 1,0 qm groß sein.



§ 12 EINFRIEDUNGEN

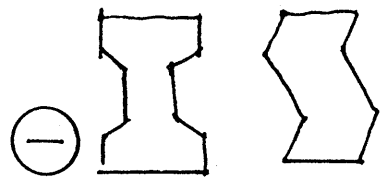
12.1 Als Einfriedungen, soweit sie vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind, sind einfache Maschendrahtzäune, geschwungene Holzkonstruktionen, Rancher- und Scherenzäune, oder sichtbare Betonkonstruktionen unzulässig. Ihre Höhe darf 1,0 m - bei Hanglage an der Brüstungsseite gemessen - nicht überschreiten.

Ausnahmen können gestattet werden, wenn Mauern oder Zäune vollständig und dauerhaft bepflanzt werden.

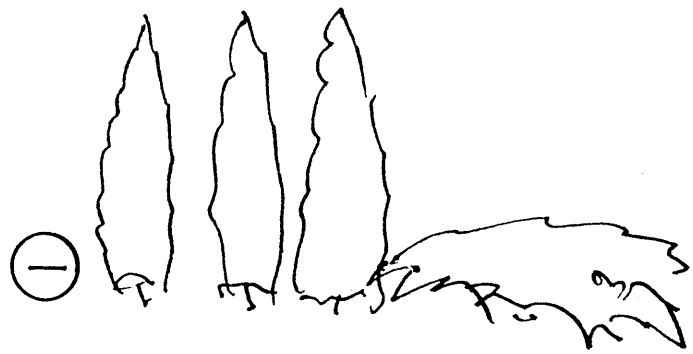


§ 13 AUSSENANLAGEN

13.1 Reine fugenlosen Betonflächen sowie Befestigungen mit I-, S-oder Z-Verbundsteinen sind aus gestalterischen Grüden unzulässig.



13.2 Nadelgehölze wie Wacholder, Zypressen, Eiben, Kiefern, Fichten usw. sind in den Bereichen der Eingangszonen bzw. Hausvorgärten unzulässig.



§ 14 AUSNAHMEN UND BEFREIUNGEN

14.1 Aus städtebaulichen oder nachbarschaftsrechtlichen Gründen können Ausnahmen von diesen Festsetzungen gestattet und / oder Befreiungen erteilt werden.

§ 15 EINZUREICHENDE BEURTEILUNGSGRUNDLAGEN

15.1 Um eine umfassende Beurteilung der städtebaulichen Gesichtspunkte, insbesondere der harmonischen Übereinstimmung eines Neubauvorhabens mit seiner Umgebung zu ermöglichen, kann verlangt werden, daß über die zeichnerische Darstellung des Vorhabens hinaus die Merkmale der Umgebung mit darzustellen sind.

§16 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

16.1 Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die §§ 2 bis 13 dieser Satzung zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig im Sinne des §24 Abs. 5 GemO.

16.2 Eine Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- DM geahndet werden. Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. S. 48) in seiner jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

§ 17 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Lauterecken, den 27. April 1998

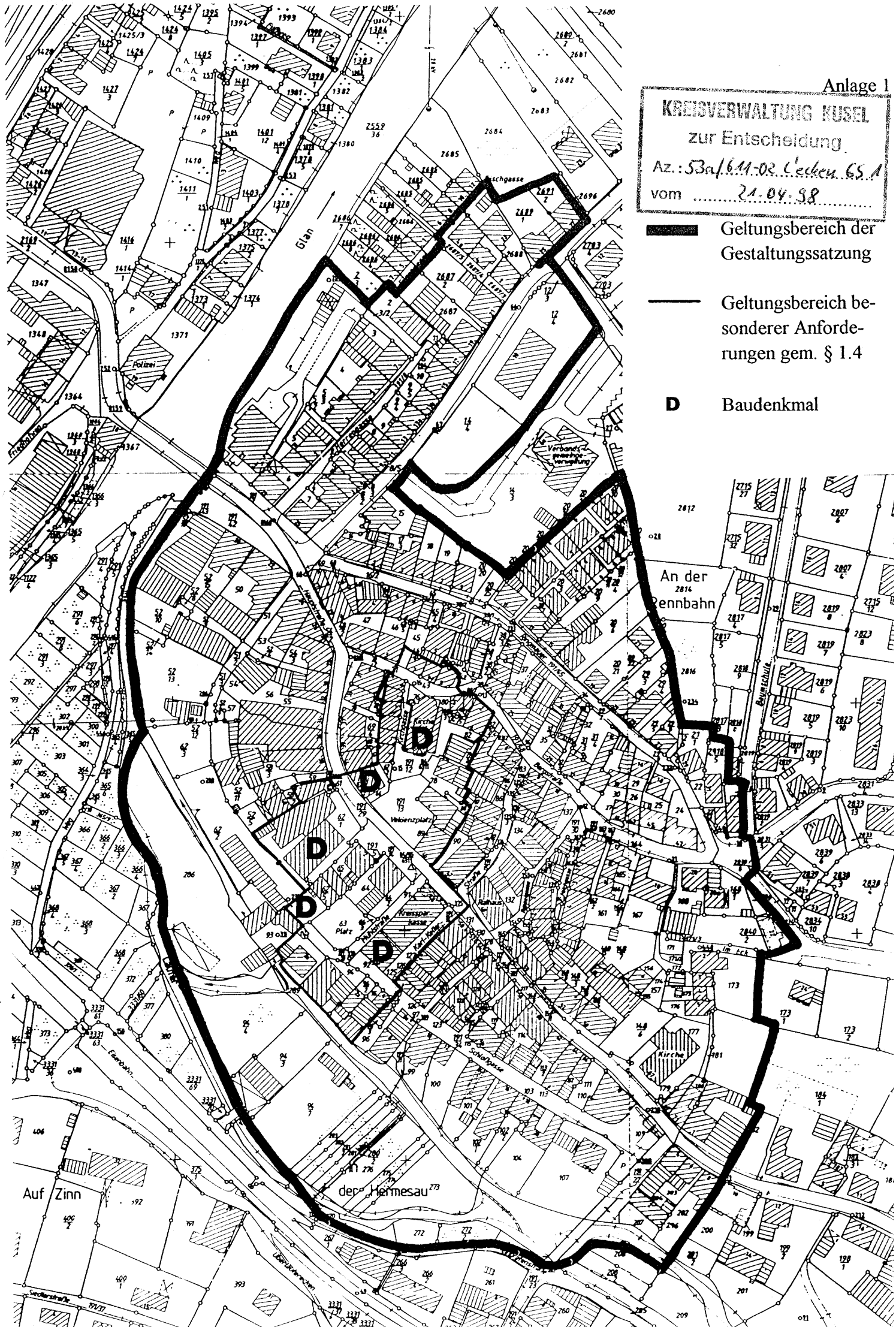
Der Stadtbürgermeister

Stadt Lauterecken
Verbandsgemeinde Lauterecken

Suffel, Stadtbürgermeister

Anlage 1

KREISVERWALTUNG KUSEL
zur Entscheidung
Az.: 53a/611-02 L'ecken GS 1
vom 21.04.98



Geltungsbereich der Gestaltungssatzung

Geltungsbereich besonderer Anforderungen gem. § 1.4

D Baudenkmal